

# **Stadtverordnetenversammlung**

## **Protokoll Nr. STV/07/2013**

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 23.09.2013,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:25 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Roland Wilde

#### **Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Thomas Bellizzi  
Frau Doris Brandt  
Herr Christian Conring  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Peter Egan  
Herr Rafael Haase  
Herr Jörg Hansen  
Frau Anna-Margarete Hengstler  
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann  
Herr Dustin Holzmann  
Herr Tobias Koch  
Herr Dirk Langbehn  
Frau Monja Löwer  
Herr Hartmut Möller  
Frau Marleen Möller  
Frau Susanne Philipp-Richter  
Herr Jochen Proske  
Herr Bela Randschau  
Herr Achim Reuber  
Herr Hinrich Schmick  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Matthias Stern  
Herr Michael Stukenberg  
Frau Doris Unger

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat bis TOP 14

## **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Horst Kienel  
Frau Meike Niemann  
Herr Fabian Dorow  
Herr Ulrich Kewersun  
Herr Mathias Horsch  
Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

Veranstaltungstechnik  
Protokollführerin

## **Entschuldigt fehlt/fehlen**

### **Stadtverordnete**

Herr Jürgen Eckert  
Herr Detlef Levenhagen  
Herr Olaf Waskow

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 6/2013 vom 26.08.2013
6. Bericht des Bürgermeisters
  - 6.1. Finanzbericht Nr. 08/2013
  - 6.2. Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs
  - 6.3. Cafeteria an der Grundschule Am Reesenbüttel
  - 6.4. Bau Kita Adolfstraße
7. Widerspruch des Bürgermeisters zum Beschluss des Verbots von Zirkussen mit Wildtieren in Ahrensburg **2013/107**
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 95 "Manhagener Allee 54, 56" **2013/071**
  - Zustimmung zum Vorhaben- und Erschließungsplan
  - Aufstellungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 82 „Beimoor-Süd“ für das Gebiet südöstlich des Beimoorweges bis zur Kreuzung Kornkamp, südlich begrenzt durch den Ostring **2013/070**
  - Satzungsbeschluss gemäß § 10, Abs. 1 BauGB
10. Jahresabschlüsse 2009 bis 2014 **2013/077/1**
  - Zeitplanung und Mittelbedarf
11. Entscheidung über die Gültigkeit der Gemeindewahl am 26. Mai 2013 **2013/105**
12. Anfrage zum betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Verwaltung und den stadt eigenen Betrieben zur Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung **AF/2013/003**
13. Antrag zur Aufstellung einer Gedenktafel am Standort der ehemaligen Synagoge **AN/036/2013**

14. Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch  
-Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für ein Gutachten -

**2013/106**

## 1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

In Abstimmung mit der Kommunalaufsicht wurde Stadtverordneter Olaf Waskow zwischenzeitlich vom Bürgermeister im Rathaus verpflichtet (s. anl. Niederschrift).

## 2. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.08.2013 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Den in der Vorlage Nr. 2013/090 beigefügten Vorschlagslisten zur Wahl von Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre von 2014 bis 2018 wird zugestimmt.
2. Dem Erlass einer Gewerbesteuerforderung in Höhe von 202.212,26 € sowie der Säumniszuschläge und der Vollstreckungsgebühren wurde gem. § 4 der Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen zugestimmt.

## 3. **Einwohnerfragestunde**

**Herr Dr. Detlef Steuer**, Vertreter des ADFC, verweist auf das im August durchgeführte Stadtradeln als Aktion der Stadt Ahrensburg. Ehrenamtliche Mitglieder des ADFC haben sich bereit erklärt, die Aktion zu unterstützen. Die Aktion sei mit einer Beteiligung von 207 Bürgern ein großer Erfolg gewesen. Der ADFC fühle sich jedoch von der Stadt „im Regen gelassen“. Er stellt nachfolgende Fragen: Was ist aus den Preisen, die vom Klimabündnis angefordert worden sind, geworden? Sei eine Abschlussveranstaltung vorgesehen? Nach der Pressekonferenz sei die Kommunikation mit der Stadt nicht mehr fortgeführt worden. Eine schriftliche Beantwortung seiner vorgenannten Frage sei bisher nicht erfolgt. Bei der Einführungsveranstaltung am 09.08.2013 sei keiner von der Verwaltung/Selbstverwaltung, zumal die Stadt Veranlasser sei, anwesend gewesen, bis auf Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass er nicht nur eine Presseinformation mit

dem ADFC veranlasst habe, sondern dass auch mehrere Kollegen der Verwaltung an der Aktion aktiv beteiligt gewesen waren.

**Herr Andreas Lang** erklärt, dass Bargtheide mit einer wesentlich höheren Teilnehmerzahl als Ahrensburg sehr erfolgreich beim Stadtradeln geradelt habe, in Ahrensburg seien lediglich 33.000 km und in Bargtheide 225.000 km geradelt worden.

Was will die Verwaltung tun, um in den kommenden Jahren ein ähnliches Ergebnis in Ahrensburg zu erreichen?

In Ahrensburg sollten z. B. die Schulen für diese Aktion motiviert und die Pressearbeit verstärkt werden.

**Herr Kümpel-Jurgenowski**, Mitglied des Runden Tisches in Ahrensburg für Zivilcourage und Menschenrechte gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus dankt allen Anwesenden, dass die Empfehlung des „Runden Tisches“ aufgenommen worden ist, eine Gedenktafel am Gebäude der städtischen Kindertagesstätte Schäferweg zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht zum 09.11.2013 anzubringen.

Der Sprecher des **WIPO-Profiles der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule** moniert die schlechte Rahmensituation in der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule. Im Schuljahr 2013/2014 werden jeweils 2 Jahrgänge in die Fritz-Reuter-Schule ausgelagert, da die Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule nicht ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung habe. Der marode Zustand des Gebäudes sei insbesondere im Winter ein Problem mit der Folge, dass der Unterricht in Winterjacken stattfand. Die Isolierung des Gebäudes sei mangelhaft. Eigentlich sollte die Fritz-Reuter-Schule als Übergangslösung dienen. Bereits seit 4 Jahren würde diese Übergangslösung gelten. Die Pausen müssten genutzt werden, um von einer Schule zur anderen zu gelangen. Des Weiteren sollte das Schild „Förderzentrum“ durch das Schild „Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule“ ersetzt werden.

Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass die Fritz-Reuter-Schule 1965 errichtet wurde, der Anbau 1975. Der energetische Zustand des Gebäudes ist sehr schlecht, eine Sanierung der Räume ist danach dringend erforderlich. Da aber der erforderliche Schulraum am Standort der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule benötigt wird, ist eine Sanierung der Fritz-Reuter-Schule nicht sinnvoll. In der Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2013 bis 2017 wird dazu dargestellt, dass die Nutzung der Räume der Fritz-Reuter-Schule durch die Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule ein Provisorium darstellt. Um den Raumbedarf am eigenen Standort erfüllen zu können, sollte einer Erweiterung der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule erfolgen. Die Schulentwicklungsplanung wird in der Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses am 24.10.2013 beraten. Auch andere Einrichtungen sind zurzeit in der Fritz-Reuter-Schule untergebracht, sodass es dringend erforderlich ist, langfristig tragbare Lösungen gemeinsam mit der Selbstverwaltung zu entwickeln.

**Herr Eckehard Knoll** vom Historischen Arbeitskreis Ahrensburg erklärt, dass nach aktuellen Gesprächen mit 3 Zeitzeugen über das Gebäude der ehemaligen Synagoge hinsichtlich Standort, Gebäudenutzung und Abriss, sich neue

Erkenntnisse ergeben hätten, die der Historische Arbeitskreis bei der Beratung und Beschlussfassung zum heutigen Antrag zu berücksichtigen bittet:

1. Die ehemalige Synagoge war Ende der 1930er-Jahre ein sehr schlicht ausgestatteter Betraum in einer reetgedeckten Fachwerkkate. In dem Gebäude befanden sich weiterhin mehrere Wohnungen, die bis zu 5 zum Teil kinderreichen Familien Obdach boten. Der Betraum hatte Zugang durch eine der Wohnungen.
2. Das Anwesen wurde 1939 von der Jüdischen Gemeinde verkauft. Die Beseitigung der ehemaligen Synagoge steht weder im zeitlichen noch im inhaltlichen Zusammenhang zu den verbrecherischen Geschehnissen der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10.11.1938. Das Gebäude war aufgrund nicht erfolgter Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten baufällig geworden und ist nach unabhängig voneinander erfolgten Aussagen von 2 Zeitzeugen im Jahr 1940 abgerissen worden.
3. Der genaue Standort der Synagoge ist dem Vernehmen nach heute nicht mehr direkt zu erkennen. Der Historische Arbeitskreis ist bereit, im Benehmen mit dem Stadtarchiv anhand älterer Flurkarten – soweit verfügbar – und durch Begehung mit den Zeitzeugen zu versuchen, den Standort näherungsweise verlässlich zu ermitteln.
4. Die Anbringung einer wie im Antrag vorgesehenen Gedenktafel am Gebäude der städtischen Kindertagesstätte Schäferweg wird aufgrund der historisch sensiblen Thematik als fragwürdig und problematisch bewertet. Es sollte in jedem Fall vorher nochmal eine Abklärung des historisch gesicherten Synagogenstandortes sowie eine Abstimmung mit den gegenwärtigen Nutzern des städtischen Kitagebäudes erfolgen. Die Gedenktafel sollte ggf. auch separat von einem Gebäude an einer Stelle in vandalismushemmender Bauweise erfolgen.

Der Historische Arbeitskreis bittet auf Basis der aktuell gewonnenen Erkenntnisse den als **Anlage** beigefügten Text für die Gedenktafel zu beschließen. **Herr Knoll** bittet, die Anregung bei der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung zu berücksichtigen.

**Herr Hering**, Sprecher der Interessengemeinschaft Ahrensburg Nordost Iga-no, fordert die Planung und den Bau der Nordtangente aufgrund der stetigen Zunahme sämtlicher Verkehre über die B 75. Auch durch die in dieser Sitzung zur Beschlussfassung anstehende Entscheidung über den „Gewerbepark Beimoor-Süd“ würden zusätzliche Verkehre für die B 75 entstehen.



## 5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 6/2013 vom 26.08.2013

Bürgervorsteher Wilde bittet um nachfolgende Änderungen:

- Im Rahmen des Tagesordnungspunktes 14 „Grundstücksangelegenheit“ wird die Bezeichnung der behandelten Vorlage Nr. 2013/026/2 durch Nr. 2013/026/3 ersetzt. Außerdem stimmen die Stadtverordneten nicht dem Beschlussvorschlag, sondern dem **Antrag** mit Abstimmungsergebnis 18 dafür, 7 dagegen, 2 Enthaltungen zu.
- Im Rahmen des Tagesordnungspunktes 15 lautet das Abstimmungsergebnis 25 dafür, **1 Enthaltung**.

Weitere Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

## 6. Bericht des Bürgermeisters

### 6.1. Finanzbericht Nr. 08/2013

Bürgermeister Sarach stellt den als **Anlage** beigefügten Finanzbericht Nr. 08/2013 vor.

### 6.2. Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs

Der Innenminister hat einen Gesetzesentwurf zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vorgelegt, der sich zurzeit im vorgezogenen Beteiligungsverfahren befindet. Im Saldo ergeben sich zurzeit hierdurch bedingte Mindereinnahmen für die Stadt Ahrensburg von rd. 1,0 Mio. €.

Das Landeskabinett wird sich in der kommenden Woche mit dem Entwurf befassen. Eine 2. Kabinettsbefassung erfolgt voraussichtlich im November 2013. Die 1. Lesung im Landtag ist im Februar 2014 vorgesehen.

Zwischenzeitlich hat der Städteverband eine umfangreiche mit den Städten abgestimmte Stellungnahme abgegeben. Diese ist als **Anlage** beigefügt.

### **6.3. Cafeteria an der Grundschule Am Reesenbüttel**

Zurzeit befindet sich die Stadt in der Planungsphase. Zum Winter wird der Bauantrag gestellt. Im Frühjahr ist der Baubeginn Cafeteria Reesenbüttel geplant.

### **6.4. Bau Kita Adolfstraße**

Zurzeit wird die Kunst am Bau in der Kita Adolfstraße von dem Künstler Lars Bode umgesetzt. Gemäß rechtlichen Vorgaben muss die Kunst am Bau 4 % des öffentlichen Baus betragen. Bei der Kita Adolfstraße sind 3 Zwerge geplant, an denen die Kinder hochklettern und sich hineinsetzen können. Auf dem Bauhofgelände können die Kinder sich an dem Bau der Zwerge unter Aufsicht beteiligen.

**7. Widerspruch des Bürgermeisters zum Beschluss des Verbots von Zirkussen mit Wildtieren in Ahrensburg**

Bürgervorsteher Wilde hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Dähnhardt von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt die Verweisung des Tagesordnungspunktes in den Ausschuss zwecks Klärung der rechtlichen Situation im Hinblick auf die in der **Anlage** beigefügten Ausführungen des Herrn Kümpel-Jurgenowski.

Stadtverordneter Stukenberg stimmt im Rahmen der FDP-Fraktion der Zurückweisung in den Ausschuss zwecks Beratung zu, da der Widerspruch ausschließlich aus einem Urteil aus Hessen beruhe und nicht auf die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung eingegangen werde, wonach die natürlichen Grundlagen des Lebens sowie die Tiere unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung stehen würden. Er bittet in diesem Zusammenhang um Klärung, inwieweit der Beschluss in Widerspruch zur Landessatzung stehe.

Anschließend wird der Antrag auf Zurückverweisung in den Umweltausschuss mit

**Abstimmungsergebnis:**

**27 dafür und  
1 Enthaltung**

zugestimmt.

8. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 95 "Manhagener Allee 54, 56"**  
- **Zustimmung zum Vorhaben- und Erschließungsplan**  
- **Aufstellungsbeschluss**

***Anmerkung der Verwaltung***

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.*

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

9. **Bebauungsplan Nr. 82 „Beimoor-Süd“ für das Gebiet südöstlich des Beimoorweges bis zur Kreuzung Kornkamp, südlich begrenzt durch den Ostring**  
**- Satzungsbeschluss gemäß § 10, Abs. 1 BauGB**

***Anmerkung der Verwaltung***

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.*

Stadtverordneter Möller erklärt, dass die SPD-Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten wird, da in diesem Zusammenhang die von der SPD-Fraktion geforderten Sportplätze nicht berücksichtigt sind.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

**Abstimmungsergebnis:**

**21 dafür  
7 Enthaltungen**

## 10. Jahresabschlüsse 2009 bis 2014 - Zeitplanung und Mittelbedarf

Stadtverordneter Conring hält den Sachvortrag. Der Finanzausschuss empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen mit dem Ergänzungshinweis, dass nach Fertigstellung der einzelnen Jahresabschlüsse 2009, 2010, 2011 eine Kündigungsmöglichkeit seitens der Stadt im Falle der Abweichungen von Kosten besteht.

Stadtverordneter Egan erklärt, dass die Jahresabschlüsse so bald wie möglich fertiggestellt werden sollen. Der abzuschließende Vertrag beinhaltet jedoch keine Begrenzung des Aufwandes, der sich vertraglich danach bemesse, dass die Termine einzuhalten seien. Es gebe zwar eine Schätzung von 260.000 €, es könnten jedoch auch deutlich höhere Kosten entstehen. Zurzeit bestehe keine Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten. Er schlägt deshalb vor, zunächst die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 fertigen zu lassen und stellt im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag:

„Für die Fortsetzung der Unterstützung zur Einstellung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 werden 90.000 € gem. § 95 der GO außerplanmäßig bereitgestellt (Jahresabschluss 2009 = 35.000 €, Jahresabschluss 2010 = 50.000 €). Über die weitere Unterstützung für die Jahresabschlüsse 2011 bis 2014 wird die Stadtverordnetenversammlung in Juni 2014 entscheiden.“

Stadtverordneter Koch bedankt sich für die Hinweise des Stadtverordneten Egan, die bereits zur Sitzung des Finanzausschusses vorgelegen hatten und die Sitzung des Finanzausschusses geprägt haben. Der Finanzausschuss hat dahingehend entschieden, dass ein jederzeitiges Kündigungsrecht nach dem Jahresabschluss 2010 besteht.

Anschließend wird über den Antrag der WAB-Fraktion wie folgt abgestimmt:

Für die Fortsetzung der Unterstützung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 werden 90.000 € gem. § 95 der Gemeindeordnung außerplanmäßig bereitgestellt (Jahresabschluss 2009 = 35.000 €, Jahresabschluss 2010 = 55.000 €). Über weitere Unterstützung für die Jahresabschlüsse 2011 bis 2014 wird die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2014 entscheiden.

**Abstimmungsergebnis:**

**4 dafür**  
**23 dagegen**  
**1 Enthaltung**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlage wie folgt abgestimmt:

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>24 dafür</b>
	<b>2 dagegen</b>
	<b>2 Enthaltungen</b>

***Anmerkung der Verwaltung:***

*Eine Kündigung ist nach dem Jahresabschluss 2010 jederzeit möglich.*

**11. Entscheidung über die Gültigkeit der Gemeindewahl am 26. Mai 2013**

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis:** **Alle dafür**

**12. Anfrage zum betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Verwaltung und den städteigenen Betrieben zur Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung**

Die Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird von Bürgermeister Sarach vorgetragen (s. Anlage) und schriftlich in der Sitzung verteilt.

Stadtverordnete Löwer bittet um Auskunft, welchen Stand die ersten Vorbereitungen des Gesundheitsmanagements haben. Bürgermeister Sarach erklärt, dass man sich zurzeit in den ersten Vorbereitungen zum Aufbau eines Gesundheitsmanagements befinde und bei freien Personalkapazitäten erste Zeitpläne präsentieren werde.

**13 Antrag zur Aufstellung einer Gedenktafel am Standort der AN/036/2013 ehemaligen Synagoge**

Stadtverordneter Proske trägt den fraktionsübergreifenden Antrag der CDU-, SPD-, WAB-, FDP-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Aufstellen einer Gedenktafel am Standort der ehemaligen Ahrensburger Synagoge vor. Dieser lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Am Gebäude der städtischen Kindertagesstätte Schäferweg wird zum 09.11.2013 eine Tafel angebracht, die an die ehemalige Synagoge und das Schicksal der Ahrensburger Jüdinnen und Juden zu Zeiten der nationalsozialistischen Verfolgung erinnert. Die Tafel trägt den Text:

**Vergessen verlängert das Exil, das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung...**

**(Foto der alten Synagoge)**

**Das erste Dokument jüdischen Lebens auf dem Gebiet des heutigen Ahrensburg stammt von 1788. Der Prozess der Gründung der ersten Jüdischen Gemeinde hier hat 1822 begonnen. 1868 wurde die Gemeinde durch Beschluss des Königlich Holsteinisch- Lauenburgischen Obergerichts auch förmlich anerkannt.**

**Unweit von hier stand die Synagoge der Jüdischen Gemeinde. Nach der Reichs-pogromnacht vom 09. auf den 10. November 1938 wurde das Haus abgerissen. Das genaue Datum der Zerstörung ist nicht feststellbar.**

**Den meisten im November 1938 noch in Ahrensburg lebenden Jüdinnen und Juden gelang die Flucht aus Deutschland, folgenden aber nachweislich nicht:**

**Edgar Levy, geboren 1898, deportiert am 21. Oktober 1941 nach Lodz (damals Litzmannstadt), dort ermordet**

**Malie Levy, geboren 1868, deportiert am 1. November 1941, nach Lodz, dort ermordet**

**Magnus Lehmann, geboren 1885, deportiert am 4. Dezember 1941 nach Minsk, dort ermordet.**

Das Stadtarchiv wird gebeten, den genauen Standort der ehemaligen Synagoge sowie Datum und Umstände des Abrisses bzw. der Zerstörung des Gebäudes sobald als möglich zu klären. Sofern notwendig, wird der Text der

denktafel nach Beratung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss in den kommenden Jahren konkretisiert. Die Finanzierung erfolgt aus der Haushaltsstelle 28112.5318000 „Kulturförderung.“

Stadtverordneter Proske bedankt sich, dass sich die Fraktionen fraktionsübergreifend zu diesem Antrag entschlossen haben.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag ausdrücklich unterstützt. Er hätte sich gewünscht, dass die Aussage „nach der Reichspogromnacht vom 09. auf den 10.11.1938 wurde das Haus abgerissen“ klarer formuliert würde. Dies würde beim Betrachter das Ergebnis hervorrufen, dass die Synagoge abgebrannt sei, was tatsächlich jedoch nicht erfolgt ist. Die Verbindung zur Reichspogromnacht könnte dadurch erreicht werden, dass der Text wie folgt - wie auch vom Historischen Arbeitskreis vorgeschlagen - ergänzt wird: „Diese Gedenktafel wurde im Jahr 2013 anlässlich des 75. Jahrestages der Reichspogromnacht errichtet.“

Stadtverordnete Schmick plädiert dafür, dass sich der „Runde Tisch“ mit dem Arbeitsvorschlag des Historischen Arbeitskreises Ahrensburg befasst. Sie empfindet eine Anbringung der Gedenktafel an der Kindertagesstätte Schäferweg als unglücklich.

Stadtverordneter Schubert-von Hobe weist darauf hin, dass es sich um einen einstimmigen Beschluss des „Runden Tisches“ über den Text der Gedenktafel handelt. Unter Berücksichtigung des derzeitigen Wissensstandes sollte dem Wunsch des „Runden Tisches“ nachgekommen und zum 09.11.2013 die Gedenktafel in einfacher schlichter Form als Acrylglastafel angebracht werden.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordnete Unger.

Dem Antrag des Stadtverordneten Koch auf eine 2-minütige Auszeit wird mit der erforderlichen Mehrheit stattgegeben.

Nach Beendigung der Auszeit erklärt Stadtverordneter Proske, dass keine Änderung seines obigen Antrags erfolgt. Der Historische Arbeitskreis ist herzlichst dazu eingeladen, sich in dem kommenden Jahr mit dem Stadtarchiv und weiteren interessierten Bürgerinnen und Bürgern bei einer Konkretisierung des Textes der Gedenktafel, sofern notwendig, zu beteiligen.

Anschließend wird über den obengenannten Antrag des Stadtverordneten Proske im Namen der CDU-, SPD-, WAB-, FDP-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis:**

**27 dafür  
1 dagegen**

**14. Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch  
-Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für ein Gutachten -**

Stadtverordneter Möller plädiert für den Verzicht des Gutachtens. Der Zweck des Gutachtens sei nicht erkennbar. Ausschließlich die faktischen Daten würden im Rahmen des Gutachtens überprüft werden und nicht die grundsätzliche Frage, ob eine Stellung unter Denkmalschutz gerechtfertigt sei. Rechtsmittel gegen die Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch könne erst mit Bescheidung eingelegt werden. Notwendige Renovierungen müssten unabhängig vom Denkmalschutz durchgeführt werden.

Stadtverordneter Egan spricht sich ebenfalls dafür aus, keine Mittel für die Erstellung eines Gutachtens bereitzustellen und schließt sich den Ausführungen des Stadtverordneten Möller an.

Stadtverordneter Koch plädiert im Namen der CDU-Fraktion für die Bereitstellung der Mittel für ein Gutachten, da die Stellung des Rathauses unter Denkmalschutz enorme Folgekosten für die Stadt, auch in späteren Jahrzehnten, bedeuten könne. Der Denkmalschutz werde sich seiner Auffassung nach auch auf die Bebauungsmöglichkeiten in der Umgebung des Rathauses, u.a. des Rathausplatzes, auswirken. Bereits bei Umbauten des Rathauses werde es hohe Auflagen geben. In dem derzeitigen Verfahren befinde man sich in einem Anhörungsverfahren, der es der Stadt ermöglicht, ihre Position mit einer fachlichen Einschätzung einzubringen.

Stadtverordneter Schmick plädiert für das Gutachten, da im Rathaus gravierende Unterhaltungsmaßnahmen anstehen, deren Mehrkosten durch die Auflagen des Denkmalschutzes nicht gedeckt werden würden.

Stadtverordneter Reuber weist darauf hin, dass seiner Auffassung nach durch ein Gutachten Argumente gewonnen werden könnten, die gegen eine Ausweisung des Rathauses als Denkmal sprechen, bzw. ggf. auch einen möglichen Rechtsweg verkürzen. Im Übrigen sei das Rathaus auf Bürgernähe der 70er-Jahre eingerichtet und habe mit dem heutigen Verständnis von Bürgernähe und Verwaltung nichts mehr zu tun.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Haase und Koch.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt im Namen der FDP-Fraktion der Bereitstellung der Mittel für ein Gutachten zu und schließt sich den Ausführungen des Stadtverordneten Koch an. Energetische Sanierungen etc. seien weiterhin machbar, jedoch würde der Denkmalschutz die Maßnahmen mit Auflagen versehen, die nicht gefördert werden würden.

Dem Antrag des Stadtverordneten Stern auf Schluss der Rednerliste wird mit

**27 dafür und  
1 Enthaltung**

zugestimmt.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordnete Unger wird wie folgt über den Beschlussvorschlag abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis:**      **18 dafür  
6 dagegen  
4 Enthaltungen**

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführe/in